Peter Heinrich, Jochen Schulz zur Wiesch (Hg.): Wörterbuch zur Mikropolitik. Opladen: Leske + Budrich 1998, 330 S.

Der Begriff Mikropolitik wurde im Jahre 1962 in die sozialwissenschaftliche Diskussion gebracht und im deutschen Sprachraum vor allem vom Berliner Verwaltungswissenschaftler *Bosetzky* seit Beginn der 70er Jahre publik gemacht. Mikropolitik als Teil der informellen Beziehungen in Organisationen ist ein Personen- und Gruppenverhalten, welches vor allem persönliche Ziele verfolgt. Im Gegensatz zur „großen Politik“ geht es bei der Mikropolitik um ein ganzes Arsenal von Techniken, Strategien und Spielen. Mikropolitische Literatur findet man bisher im Grenzbereich zwischen Soziologie, Ökonomie, Organisations- und Verwaltungswissenschaft. Aus Anlass des 60-sten Geburtstags von *Bosetzky* (übrigens auch der als -ky bekannte Autor von Kriminalromanen bei Rowohlt) haben die Herausgeber 67 Autoren gefunden, die über 130 Wortbeiträge verfasst haben. Diese gehen in alphabetischer Reihenfolge von *Absentismus* bis *Zuständigkeit*. Unter manchen Begriffen werden sich die in Organisationsfragen bewanderten Leser/innen etwas vorstellen können: *Bluff, Denunziation, Duzen, Filz, innere Kündigung, Kungelrunde, Mobbing, Seilschaft* oder *Zitierkartell*. Doch was meinen *Bossing, Don-Corleone-Prinzip, Normenfalle, Prinz-von-Homburg-Effekt, Schmoozing* oder *Schwejkismus*? Die Beiträge sind kurz, prägnant und gut lesbar geschrieben; sie regen nicht nur zum Nachdenken an, sondern manchmal auch zum Schmunzeln. Für Praktiker in Supervision und Organisationsberatung sind Kenntnisse von „Mikropolitik“ unabdingbar. Es handelt sich um das erste Wörterbuch, welches sich mit dieser Thematik beschäftigt. Es eignet sich gut, um in Fragen von Mikropolitik einzusteigen, sich mit Hilfe der Literaturhinweise sowie des umfangreichen Sach- und Personenregisters in diese Fragen einzuarbeiten.

Nando Belardi, Chemnitz

Johannes Münder, Peter Ottenberg: Der Jugendhilfeausschuss. Münster: Votum, 1999, 104 S., DM 19.80.

Johannes Münders Lehr- und Praxiskommentar zum Jugendhilferecht gehört seit Jahrzehnten zum festen Bestandteil einer gut sor-

tierten pädagogischen Fachbibliothek. Wenn sich dieser profunde Kenner der Jugendhilfepraxis mit einem neuen Werk an die (Fach-) Öffentlichkeit wendet, erregt er zu Recht Aufmerksamkeit. Mit seinem neuesten Buch nimmt er sich erneut eines in der Fachliteratur unterbelichteten Themas an. Ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis des Buches „Der Jugendhilfeausschuss“ steigert die durch den Titel geweckte Neugier. Zusammen mit Peter Offenberg, einem Diplom-Verwaltungswirt und langjährigem Mitglied eines kommunalen Jugendhilfeausschusses, breitet Münder eine Erläuterungsübersicht aus, die neben der Erklärung der rechtlichen Bestimmungen u.a. auch Interessen und Kollisionen, Kinder- und Jugendlobbying sowie Chancen und Perspektiven der Ausschussarbeit auflistet. Es ist ohne Schwierigkeiten möglich (ich habe es erprobt), in einen Gliederungspunkt einzusteigen und ohne Kenntnis der anderen Kapitel wertvolle Handreichungen für die Arbeit in diesem der Verwaltung eines Jugendamtes rechtlich übergeordneten Gremium zu erhalten. Insofern stellt das Buch für Ausschussmitglieder, kritische und interessierte Begleiter der Entscheidungsinstanzen der Jugendhilfe eine lohnende Fundgrube für die schnelle Befriedigung von Informationsbedürfnissen dar.

In ihrer historischen Betrachtung erinnern die Autoren daran, dass es den Ländern durch Bestimmungen im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) von 1922 erlaubt war, auf die Einrichtung von (zweigliedrigen) Jugendämtern zu verzichten. Erst nach Verabschiedung der Novelle zum RJWG im Juli 1953 bestand die rechtliche Verpflichtung, im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Jugendämter und damit auch entsprechende Ausschüsse zu errichten. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass in den Diskussionen um das im Herbst 1999 verabschiedete Zuständigkeitslockerungsgesetz Tendenzen sichtbar wurden, die Länder erneut zu ermächtigen, die Zuständigkeiten nach dem SGB VIII auch ohne zwingende Einrichtung eines Jugendamtes durchführen zu lassen, kann man erahnen, welchen Gefährdungen dieses einzige durch Bundesrecht normierte Kommunalorgan ausgesetzt ist. Bei den jüngsten Attacken auf die Jugendhilfe wurde immerhin eine Schwächung der Landesjugendämter durch eine Verlagerung einiger ihrer Kompetenzen auf die örtliche Ebene erwirkt. Wie dieses Beispiel zeigt, gibt es immer wieder strategische Interes-